

Wöchentlich in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Abonnementpreis  
Für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.  
pro Quartal.  
Wochen-Abonnement  
à 54 Pf.  
Wegen der allen deutschen Verhältnisse  
auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen.  
Inserate  
Werbeanzeigen von 20 Zeilen zu 10 Pf.  
und 10 Zeilen zu 5 Pf. pro  
Zeile zu 20 Pf.

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen  
nehmen an alle Buchhandlungen und Buchstaben  
lungen bei In- und Ausländern.  
Hilfs-Abteilungen.  
New York: Dr. Franz Juchacz, 177 Elm  
St. corner Broome. — Dr. Hermann Ripke,  
245 West — 37 St.  
Philadelphia: F. Hof, 608 North  
4th Street.  
J. Hill, N. E. box Charlotte & George St.  
Hoboken N. J.: F. W. Gorge, 215 Wash-  
ington St.  
Chicago: M. Zinschmann, 74 Clybourn-av.  
San Francisco: F. Berg, 418 O'Farrell St.  
London W.: Miss. Hoffmann, 37 A. Prin-  
cess St. Leicester Squ.

Nr. 80.

Mittwoch, 10. Juli.

1878.

**Parteienoffen! Laßt Euch nicht provo-  
zieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht  
Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.**

**Gott behüte mich vor meinen „Freunden“.**

III.

Hören wir die weiteren Viebenswürdigkeiten unseres schul-  
meisterlichen „Freundes“?  
„Ueberhaupt ist die Klage über die falsche Beurteilung und  
Bekämpfung der Partei, welche in melancholischen Augenblicken  
zuweilen hervorbricht, nur zum Theil berechtigt. Es ist wahr,  
die übrigen Parteien stehen unter einer kläglichen Latentheit in  
wirtschaftlichen und sozialen Dingen; eine unverständige und  
auch wohl böswillige liberale Presse hat die denkbar verkehr-  
testen Vorstellungen und Lügen über den Sozialismus ange-  
streut, und was den Gebildeten in dieser Richtung geboten wer-  
den darf, zeigt die Verbreitung des von Unwissenheit und Ver-  
breitungen Propaganda Unrathlichen Pamphlets. Aber wer gerecht  
sein will, wird den bösen Grund, in dem die Sozialdemokratie  
steht, erklärlich finden. Zur Zeit des hässlichen Streites zwi-  
schen den Eisenacher Christen und den Männern vom Allge-  
meinen deutschen Arbeiterverein hat man sich gegenseitig nach  
Kräften mit Roth beworfen und die schmutzige Parteiwäsche hing  
auf allen Hecken und Bäumen. Die Berrußerklärungen bildeten  
früher einen stehenden Artikel in der sozialistischen Presse, und  
unqualifizierbare Angriffe auf Privatpersonen, die dann oft noch  
als R-präsidenten einer ganzen Klasse genommen werden, sind  
noch jetzt keine Seltenheit. Wir erinnern an den Fall eines be-  
kannten fortschrittlichen Berliner Abgeordneten, der bis zum  
Ende angebeutet wurde. Es geschieht fast kein Betrug, keine  
Kohheit, keine Ehedruch von einem Angehörigen der bestehenden  
Klasse, ohne daß der Fall in der Parteipresse breit getreten und  
der ganzen „Bourgeoisie“ zugeschrieben wurde. Begeht ein Ar-  
beiter ein Vergehen, so heißt es: Da sieht man wieder die Folgen  
der herrschenden Zustände! Da darf man sich denn nicht  
wundern, wenn auf der andern Seite von „Erregung des  
Klassenhasses“ gesprochen wird. Die ganze Form der Polemik  
sozialistischer Blätter und Agitatoren verdient den schärfsten  
Tadel. Es mag ja für die Gewinnung der ungebildeten Massen  
von agitatorischem Erfolg sein, wenn die Farben stark aufge-  
tragen werden, wenn mit ihnen „Fraktur“ gesprochen wird. Aber  
Ausdrücke der Kohheit, des Hasses, des Jornes wirken doch ge-  
wis nicht erhebend und veredelnd. Der gebildete Mann sucht  
die Menge zu sich emporzuheben, anstatt zu ihr herabzusteigen.  
Wag sein, daß die Sozialdemokraten meist hochlich im Rechte sind,  
daß ihre Gegner Unehrlichkeit verrathen oder sich wissenschaftliche  
Blößen geben. Gerade in der Benutzung der letzteren ist die sozial-  
demokratische Presse stark. Leider klebt ihr hier vielfach der leicht er-  
klärliche Fluch der Halbbildung an, und es wäre Zeit, der Ueber-  
hebung der letzteren die Flügel zu beschneiden. Wenn statistische  
Daten, wie es auch von anderer Seite geschieht, in einseitiger  
und tendenziöser Weise zurechtgemacht werden, wenn Leute von  
unbestreitbaren wissenschaftlichen Verdiensten wie dumme Jungen  
heruntergerissen werden, wenn gegen die Resultate historischer  
und statistischer Arbeiten einfach die Schlagwörter der Partei  
ins Feld geschickt werden, wenn z. B. Most ohne jegliche Kennt-  
nis der Quellenchriften einen Streit über die richtige Beurteil-  
ung der römischen Geschichte mit Rommensen unternimmt, so ist  
das eine geistige Zuchtlosigkeit, die nicht minder schlimm ist, wie  
die Zurechtmachung volkswirtschaftlicher Behräge im Interesse  
des Geldsacks. Ähnliches siehe sich über die Stellung der So-  
zialdemokratie gegenüber der Religion sagen. Wir finden hier  
ihren Kampf gegen alten Bahu und Aberglauben, gegen die Miß-  
bräuche des Dogmas und des geistlichen Amtes ic. durchaus konse-  
quent. Ein anderes ist es, ob es weise gehandelt heißt, die Masse  
mit rohem Griff plötzlich von der ethischen Grundlage von Jahr-  
hunderten loszureißen, ohne ihr etwas Besseres bieten zu können,  
als einen eigenthümlichen Defekt von modernem in der liberalen  
Schule gereinigtem Materialismus. Von allem anderen abgesehen,  
hat sich die Sozialdemokratie durch das Heranziehen dieser der wirt-  
schaftlichen und sozialen Emanzipation des Arbeiterstandes frem-  
den Dinge eine schwere Last aufgebunden und unnötig die Zahl  
ihrer Feinde vermehrt. Wenn ein Theil dagegen Vassalle mit  
Christus vergleicht und seine Lehre zum „unsehlbaren“ Dogma  
erhebt: heißt das etwas anderes, als den Aberglauben mit dem  
Aberglauben vertauschen? So mancher Auswuchs der modernen  
Geistesbildung, der sonst nicht unterzukommen wußte, hat sich  
an den Sozialismus angehängt, der wahrlich doch Ursache genug  
hätte, auf dem engeren Gebiete seiner wirtschaftlichen und poli-  
tischen Ziele alle Kräfte zu concentriren; statt sich mit den  
Impfgegnern zu identifiziren, statt in Berlin jene wider-  
lichen „Weibervolksversammlungen“ und den tumultuarischen  
Massenauftritten aus der Landeskirche zu betreiben, hätte man sich  
weit vernünftiger auf den besonnenen Ausbau und die Durch-  
setzung der zunächst möglichen Forderungen des Parteiprogramms  
beschränkt. Statt dessen hat man immer die unklarsten und be-  
streitbarsten, zugleich den gegenwärtigen Verhältnissen am schroff-  
sten entgegenstehenden kommunistischen Sätze desselben betont, ohne  
auch nur den Weg zu kennen oder anzugeben, auf welchem man  
den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft herbeiführen  
wird. Wir haben vergeblich in der so reichen sozialistischen Presse  
und Brochürenliteratur neue selbstständige Gedanken von Marx,  
Engels und Vassalle gesucht. Es giebt ja freilich zwei „wissen-  
schaftliche“ Zeitschriften der Sozialdemokratie, aber auch über  
diese — wenigstens über die in Deutschland erscheinende — waltet  
von Hamburg aus die eiserne Parteidisziplin.“

Die „melancholischen Augenblicke“ seien dem „Freund“ gerne  
verziehen, in Anbetracht seiner gedrückt — beiläufig höchst  
überflüssiger Weise gedrückt Stimmung, denn auch wenn  
er seine Artikel nicht geschrieben hätte, würde man ihn nicht mit  
den bösen Sozialdemokraten identifizirt haben.  
Was soll aber das schadenfrohe Verhalten der „schmutzigen  
Wäsche“? Wenn ein Herr Wehring das thut, so findet man es  
sehr natürlich, wenn aber ein „Freund“ es thut, der die Wahr-  
heit kennt, der weiß, daß die Vorgänge, auf die er anspielt,  
ein notwendiger Entwicklungs- und Reinigungsprozeß waren,  
der jetzt glücklicherweise hinter uns liegt, so ist das jedenfalls ein  
etwas zweifelhafter — Di. bedienst.  
Und warum jene Vorgänge, deren wir uns durchaus nicht zu  
schämen haben, und die nicht in der geringsten Beziehung zu der  
gegenwärtigen Sozialistenhag stehen, gerade im jetzigen Moment  
an den Haaren herbeizuziehen? Denkt der „Freund“ an das  
„Mitgegangen mitgehangen“, und will er sich bei Zeiten salbiren?  
Der Beweggrund ist nicht ganz hübsch, aber beim besten Willen  
vermögen wir keinen anderen zu entdecken. Und da wir gerade  
bei der „schmutzigen“ Wäsche sind, so möchten wir unseren „Freund“  
recht ernsthaft daran erinnern, daß die „schmutzige Wäsche“, die  
er uns mit Wehagen unter die Nase reibt, das gemeinsame  
Produkt derjenigen Parteien sind, welche die gegen-  
wärtige Sozialistenhag in Szene gesetzt haben, und daß  
wir keine uns feindliche Partei kennen, die nicht mit einem be-  
deutenden Quantum eigener „schmutziger Wäsche“ gesegnet  
wäre.  
Was soll ferner der Vorwurf, daß wir „Privatpersonen un-  
qualifizirbar angreifen“? Wir wehren uns unserer Haut und  
greifen den an, der uns in den Weg tritt und uns zum An-  
griff zwingt. Dann und wann mag der Angriff heftiger sein  
als nöthig, dann und wann mag ein Irrthum, ein Mißverständ-  
niß obwalten — das läßt sich im Kampf nicht vermeiden und  
passirt auch anderen Leuten, die nicht so heiß engagirt sind wie  
wir. Doch unser „Freund“ giebt einen bestimmten „Fall“ an,  
den er wohlweislich nur andeutet, ohne einen Namen zu nennen.  
Er meint nämlich den „Fall Dunder's“. Und daß wir diesen  
Menschen, der die Sozialdemokratie 15 Jahre lang mündlich und  
in seinen Zeitungen auf's Schmachvollste beschimpft, systematisch  
verächtigt hat, nicht mit Stachelhandschuhen anfassen, seine, end-  
lich an's Licht der Sonnen gekommene Schande nicht pharisäer-  
haft todtzuschweigen, das soll „unqualifizirbar“ sein! Wir  
bedauern, die Begriffe unseres „Freundes“ von Moral und  
journalistischer Pflicht nicht theilen zu können.  
Ebenso hinsichtlich ist der Vorwurf, unsere Presse nehe die  
Vergehen und Verbrechen von Angehörigen der herrschenden  
Klasse tendenziös im Parteinteresse aus. Erstens hat es keine  
volle Berechtigung, daß Vergehen und Verbrechen aus den Ge-  
sellschaftszuständen hergeleitet und somit tendenziös gegen die  
herrschenden Klassen, obenan die Bourgeoisie ausgenutzt werden.  
Und zweitens ist die Praxis unserer Presse, auf diesem Gebiete  
nur ein schwacher Reflex dessen, was unsere Feinde thun, die  
den Kampf gegen uns stets persönlich führen, den geringsten  
Fehltritt eines Arbeiters zu einem Verbrechen der Sozialdemo-  
kratie stempeln. Wie es in den Wald schollt, und so hallt es heraus  
— bloß, daß das Echo bei Weitem feiner und manieirlicher ist  
als das Originalgeschrei.  
Freilich unser „Freund“ wird das nicht zugestehen. Der Ton  
der sozialistischen Presse und Agitation findet seinen „schärfsten  
Tadel“; wir ergehen uns in Ausdrücken der „Kohheit, des Hasses,  
des Jornes“, die ihm höchlich mißfallen. Ja nun, daß solche  
Ausdrücke mitunter in unseren Blättern, bei unseren Agitatoren  
vorkommen — wer sollte es leugnen? Und glaubt der „Freund“  
etwas nicht, daß es uns lieber wäre, wenn sie vermieden wür-  
den? Ja's aber möglich? Um die Sprache unserer Blätter  
gerecht zu beurtheilen, muß man die Sprache der gegnerischen  
Presse in Erwägung ziehen. Und kann der „Freund“ in Rede  
stellen, daß wir auf's Keuchste provoziert sind, daß unsere  
Zeitungen und Agitatoren an Heftigkeit der Sprache und Ge-  
hässigkeit der Polemik von den gegnerischen Blättern und Partei-  
führern hundertfach übertroffen werden? Er nehme nur die  
Pöbelhaftigkeiten eines Unruh und Treitschke — von der  
augenblicklich grassirenden Epidemie des Knäppel- und Worts-  
patriotismus gar nicht zu reden.  
Wäre der Vorwurf allzugroßer Heftigkeit und „revolutionären“  
Aussetzens uns zu anderer Zeit gemacht worden, so wäre es  
bloß eine Ungerechtigkeit gewesen; daß man ihn uns jetzt macht,  
in einem Moment, wo es nur der gemäßigten Haltung und  
müstergiltigen Disciplin unserer Partei zu verdanken ist, daß die  
von „getwiffer Seite“ systematisch angestrebten Exzesse und Butische  
vermieden worden sind, das ist mehr als ungerecht, das ist ge-  
hässig, das freist an Denunziation an.  
Beim „Fluch der Halbbildung“ wollen wir nicht lange ver-  
weilen; es ist ein Thema, welches uns heute zu weit führen  
würde. Nur wenige Worte: daß innerhalb unserer Partei viel-  
fach „Halbbildung“ zu finden ist, leugnen wir nicht — wie sollte  
es anders sein? Wir können den Arbeitern, die sich der edlen  
Aufgabe widmen, an der Befreiung ihrer Klasse zu arbeiten,  
nicht binnen wenigen Monaten oder Jahren eine umfassende  
Bildung verleihen, — wir können nicht in so kurzer Zeit nach-  
holen, was der Staat und die Gesellschaft freventlich verkümmert  
haben. Wie steht's aber um die „Bildung“ unserer Gegner,  
für welche die Gymnasien, Realschulen und Universitäten nicht  
unerreichbare Ziele sind? Will der „Freund“ behaupten, die  
gegnerischen Parteien seien von „Fluche der Halbbildung“  
frei? Seien als Partei an „Bildung“ der unsrigen überlegen?  
Hand auf's Herz!  
Da muß der arme Most mit seinen Vorträgen und seiner  
Schrift gegen Rommensen herhalten. Aber ist denn das eine

solche Todtünde? Most hat sich nicht angemacht, Rommensen's  
wissenschaftliche Forschungen zu kritisiren — da ihm die erforder-  
lichen Kenntnisse abgehen, wäre dies unzweifelhaft ein thörichtes  
Beginnen gewesen — was er wollte, war: die Gefinnungs-  
losigkeit und wissenschaftliche Unehrlichkeit Rommensen's  
nachzuweisen. Und das hat er gethan, und das war ein ver-  
dienstvolles Werk.  
Apropos, wir kennen Jemand, der — allerdings nicht in  
einer besonderen Schrift — das Nämliche gethan hat, und genau  
in dem nämlichen Sinne wie Most, und dieser Jemand ist ein  
sehr intimer Freund unsers „Freundes“, der brave Kolb in seiner  
uns sehr werthen und wiederholt von uns empfohlenen „Cultur-  
geschichte“. Schleppt deshalb Kolb den „Fluch der Halb-  
bildung“ mit sich herum? Ja, das ist was anderes, denkt wohl  
der „Freund“ Alexander. Indeß, wir denken, was dem Kolb  
recht ist, ist dem Most billig.  
Doch weiter:  
„Die widerlichen Weibervolksversammlungen“ — so ungalant,  
lieber „Freund“?  
„Identifizirung der Partei mit Impfgegnern“ — wer hat  
Ihnen denn das aufgehängt lieber „Freund“? Mit der Impf-  
frage hat unsere Partei ebensoviel zu thun, wie mit dem Aus-  
tritt aus der Kirche, das heißt nichts. Was Einzelne thun,  
geht die Partei nichts an.  
Wir haben nicht gesagt, „wie der freie Staat mit der sozia-  
listischen Gesellschaft herbeiführt werden soll“. Vielleicht kann  
der „Freund“ es uns sagen. Wir wären ihm dankbar. In Er-  
mangelung des Sagens arbeiten wir desto eifriger an der  
praktischen Lösung des interessanten Problems, das beiläufig nicht  
bloß auf „wirtschaftliche und politische Ziele“ beschränkt ist,  
sondern den ganzen Menschen, das ganze Gebiet des  
menschlichen Lebens und Strebens in sich einschließt.  
Der „Freund“ hat vergebens in unserer Presse und Literatur  
neue Gedanken nach Marx, Engels, Vassalle gesucht. Er mag  
Recht haben. Wir grämen uns darüber nicht, sind im Gegentheil  
sehr zufrieden, wenigstens drei tüchtige Genossen zu besitzen, die  
„neue Gedanken“ producirt haben. Vielleicht hat der „Freund“  
die Güte, uns ein Verzeichniß der Männer zu liefern, welche  
die übrigen Parteien, einschließlic der feinen, mit „neuen Ge-  
danken“ verziehen haben. Wir sind begierig, haben jedoch eine  
dunkle Erinnerung, daß die „Frankfurter Zeitung“ vor einigen  
Monaten ein derartiges Lumen für die „Volkspartei“ entdeckt  
haben wollte, und zwar in der Person — Lindwurm's.  
Die „eiserne Parteidisziplin“, die im Kopfe unseres „Freundes“  
spukt, können wir füglich ihrem Schicksal überlassen und wollen  
nur noch konstatiren, daß der „Freund“ uns am Schlusse seiner  
Artikel einen ganzen Sad voll Kathischläge zum Präsent macht.  
Wir geben ihm den Sad sammt Inhalt zurück und ertheilen  
ihm unsererits den Rath, künftighin nicht über Dinge zu reden,  
die er nicht versteht; unserer Partei die Sympathie, welche er  
für sie zur Schau trägt, zu passiren Zeit und in passenderer  
Form auszudrücken, als dies jetzt geschieht ist, und unter allen  
Umständen den patronisirenden Schulmeisterston abzulegen, der  
selbst einem Berufenen nicht ziemen würde und in jedem Falle  
beleidigend ist.  
Die deutsche Sozialdemokratie stößt keine Hand zurück, die  
ihre ehrlich hingereicht wird, allein sie weiß sehr wohl ihre Freunde  
und ihre „Freunde“ zu unterscheiden.  
Wir sind keine Kinder, die sich gemächlich die Ruthe ertheilen  
und dann mit Zuckerbrod beschwichtigen lassen. Wer sich in  
komischer Selbstüberhebung vermischt, uns so behandeln zu wollen,  
muß die Folgen seines Beginmens hinnehmen.  
Wie gesagt — wer uns ehrlich hilft, auch ohne in den  
Rahmen unserer Partei einzutreten, ist uns willkommen. An-  
deren Parteien zuliebe können wir aber unser Programm nicht  
ändern. Wir sind, was wir sind: Sozialdemokraten und ver-  
denken niemals „bürgerliche Demokraten“ werden. Deshalb ver-  
zichten wir von vornherein auf das Lob unseres „Freundes“,  
der es uns nicht verzeihen kann, daß wir keine „bürgerlichen  
Demokraten“ sind.  
Glaube man nicht, man könne uns im Moment der Gefahr  
mit Zumuthungen und Sottisen kommen, mit denen man in ge-  
wöhnlichen Zeiten sich nicht hervorwagen würde. Der „Freund“  
und seine Genossen irren sich in Bezug auf die „Qualität“ un-  
serer Partei. Wir sind nicht von so schwachem Stoff, wie sie  
uns zutrauen. Die unerhörten Verfolgungen der letzten Wochen  
haben nirgends Entmuthigung hervorgerufen, sondern umgekehrt,  
überall das Pflichtgefühl und der Opfermuth aufs Höchste gesteigert.  
Obgleich — von Sonstigem abgesehen — der größte Theil  
unserer Redakteure und „Agitatoren“ eingesperrt worden ist, hat  
unsere Partei, statt des erhofften Rückgangs, inmitten der Krise,  
Fortschritte gemacht, an Terrain gewonnen. Die Massenmaßrege-  
lungen, die thatsächliche Aufhebung des Versammlungsrechts —  
Nichts hat unsere Organisation gelodert. Im Gegentheil: die  
Schläge von Oben haben sie nur fester gehämmert. Wie bei  
allen Soldaten, die im Kugelregen stehen: jede Lücke wird sofort  
ausgefüllt, die Reihen schließen sich fester und fester.  
Unsere Fahne ist entrollt: was wir wollen, das wissen wir,  
und das zeigen wir der Welt, ohne Scheu, ohne Furcht.  
Und so gehen wir mit heiterer Zuversicht in den Wahlkampf  
und in andere Kämpfe. Wer nicht für uns ist, der ist wider  
uns. Wie viele wider uns sind — das zählen wir nicht: So  
viele es ihrer sein mögen: wir werden mit den Feinden und  
mit den „Freunden“ fertig werden.

# Die Verfälschung der Lebensmittel vor dem Reichstage.

Von H. Vogel.

(Fortsetzung.)

Allen ging der Gesetzentwurf zu weit, Alle fürchteten, daß durch denselben für die Industrie unnötige Beschränkungen geschaffen würden. Besonders thaten sich hierbei als eifrige Verteidiger der Lebensmittelverfälscher die Drr. Braun und Mendel hervor, deren unglücklichen Weisungen hier jedoch nicht die Ehre, wiederholt zu werden, angethan werden soll. Den Sozialdemokraten, welche sich bei diesem Gegenstand zum Wort gemeldet hatten, wurde dasselbe durch Herrn Valentini abgeknippt. Schließlich wurde der Entwurf einer Commission von 21 Mitgliedern zur weiteren Vorberatung überwiesen. Desgleichen 24 Stück gegen den Gesetzentwurf eingelaufene Petitionen von Fabrikanten, Kaufleuten etc.

Diese Commission hat nach mehreren Sitzungen ihre Beratungen zu Ende geführt und darüber einen gedruckten Bericht erstattet. Sie schlägt darin eine Reihe sehr wesentlicher Abänderungen des Gesetzentwurfes vor. Diese Abänderungsvorschläge, welche auch den im Plenum vorgebrachten Bedenken Ausdruck geben, sind zu charakteristisch, als daß wir dieselben nicht eingehender erörtern sollten.

§ 2 des ursprünglichen Entwurfes giebt den Beamten der Gesundheitspolizei die Befugniß, außer in die Räumlichkeiten, in welchen Gegenstände der bezeichneten Art feil gehalten werden, auch in die zur Aufbewahrung solcher zum Verkauf bestimmter Gegenstände dienenden Räume während der üblichen Geschäftsstunden einzutreten und dieselben einer Revision zu unterwerfen. Diese Bestimmungen hat nun die Commission in der Weise beschränkt, daß die Beamten nur bei solchen Personen, welche bereits aus Grund dieses Gesetzes zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt sind, befugt sein sollen, in den Räumlichkeiten, in welchen Gegenstände der genannten Art feil gehalten werden oder die zur Aufbewahrung solcher zum Verkauf bestimmter Gegenstände dienen, während der üblichen Geschäftszeit Revisionen vorzunehmen; bei anderen Personen sollen sie nicht befugt sein, in die Aufbewahrungsräume der Waaren einzutreten und Revisionen vorzunehmen. Man sieht hier gleich, was aus dem Gesetzentwurf gemacht werden soll! Was brachte man zur Begründung dieser Aenderung vor? Es gehe weit über das Nothwendige hinaus, wenn den Beamten der Gesundheitspolizei die Befugniß eingeräumt werde, auch in die Räumlichkeiten einzutreten, welche zur Aufbewahrung von zum Verkauf bestimmten Nahrungsmitteln etc. dienen und dieselben einer Revision zu unterwerfen. Man stelle durch diese Bestimmung viele Gewerbe etc. unter eine stete polizeiliche Aufsicht, und man verursache dem Handel und Verkehr dadurch eine Störung, welche den damit zu erreichenden Erfolg weit überwiegen. (Daß Handel- und Gewerbetreibende sich solche Revisionen wegen weit unwesentlicheren Dingen gefallen lassen müssen, z. B. wegen Revisionen nach alten Messen und Gewichten, und daß der Handel darunter nicht leidet, daran dachte Niemand.) Ueberhaupt sei zur Ertheilung so weit gehender Befugnisse an die Beamten der Gesundheitspolizei kein dringendes Bedürfnis vorhanden. (Da werden die Herren Fälscher gewiß nicht widersprechen!) Man muß zwar zugeben, daß durch die beantragte Beschränkung der Befugnisse der Polizeibehörden der Zweck des Gesetzes leicht zu vereiteln sein werde, weil es dann den Gewerbetreibenden etc. möglich sei, einen nach dem Gesetz der Verfolgung ausgelegten Gegenstand dadurch der Controлле zu entziehen, daß er ihn nicht im Laden, sondern in einer dem Publikum nicht geöffneten Räumlichkeit aufbewahre und davon nur immer gerade soviel in den Laden herbeiholen könne, als von dem Kauflustigen begehrt werde; aber das rechtfertigt die angefochtenen Bestimmungen doch keineswegs. Auch mache eine solche Umgehung des Gesetzes den Gewerbetreibenden zu große Unbequemlichkeiten, und die Polizei sei zu umfänglich, als daß ihr Derartiges entgegen würde. Das Betreten anderer Räume belästige den Verkehr zu sehr und fände den Anschauungen und Gewohnheiten der Bevölkerung entgegen; die Entnahmen von Proben im Verkaufsorte seitens der Polizeibehörden sei genügend für den Zweck des Gesetzes.

Zwar wurde diesen Ausführungen mit Recht entgegen gehalten, daß der Zweck des Gesetzes wesentlich der sei, eine vorbeugende Controлле zu üben und daß dieser durch die vorgeschlagenen Aenderungen gefährdet werde, daß die Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln seitens der Gesundheitspolizei unerlässlich sei, wenn man dem Unwesen, welches namentlich die Ernährung der ärmeren Klassen beeinträchtigt und die Gesundheit Aller andauernd gefährdet, mit einiger Aussicht auf Erfolg vorbeugen wolle.

## Aus Heuchelland.

Stille Beobachtungen eines Berliners in London.

(Schluß.)

Das Bild, das sich da allnächtlich darbietet, gehört entschieden mit zum Tollsten, was mir, so mancherlei ich in dieser Art auch schon gesehen, bisher vorgekommen.

Nacht für Nacht finden sich hier, im Centrum und einem der vornehmsten Theile der Metropole des frommen Heuchellands, auf offener Straße, unter freiem Himmel und unter Weisheit und Aufsicht der wohlthätigen Polizei, Schaaren von „ees dames“ und jungen und — alten Männern der guten Gesellschaft zusammen, um — Liebesbörse zu halten.

Liebesbörse? — Nun ja, was ist groß dabei? Enfin — die große Welt Handelsstadt hat ihre Effektenbörse, ihre Getreidebörse, ihre Fischbörse, warum soll sie nicht auch ihre Liebesbörse haben? Wie man dort ägyptische Anleihe, russischen Weizen, holländische Heringe kauft, so kauft man hier eben — Liebe. Nichts einfacher wie das. Für Geld ist ja einmal Alles zu haben auf dieser großen Handelsbörse, die man moderne Gesellschaft nennt.

Nur weil man ja bekanntlich eine äußerst sittliche und fromme Gesellschaft ist, so hält man diese Börse, entgegen den anderen, bei Nacht ab. Da zählt's nicht und der liebe Gott merkt es auch nicht — im Dunkeln.

Was wohl unsere leuschen Joseph, die Unruh, Dunker, E — etc. sagen würden, wenn sie ihre respectiven Tugendengel auf ihren Fittigen plötzlich hierher brächten? Sie würden ihr leuschen Antlitz rasch in ihren leuschen Mantel hüllen, sich entschuldigen zur Flucht wenden und schauernd ausrufen: „So ist denn in diesem Lande — o Graus! — bereits der sittenlose Communistenhaas errichtet?“

Ich kann aber auf's Bestimmteste versichern, daß in der großen Themsestadt die Commune bis dato noch nicht proklamirt ist, sondern daselbst die bürgerliche Gesellschaft im vollsten Glanze ihrer Sittlichkeit noch fortbesteht.

Freie Liebe! So nennen sie's ja wohl, was sie uns wilden

Zwar wurde darauf hingewiesen, daß wenn man die Befugniß der Beamten der Gesundheitspolizei auf das Betreten der dem Publikum zugänglichen Verkaufsräumlichkeiten beschränke, und auf die Entnahme von Proben der dort feil gehaltenen Gegenstände verzichte, man den Fabrikanten und Großisten geradezu einen Freibrief zu Ungunsten der Kleinhandlaren gebe, daß aber die meisten Verfälschungen nicht von den Kleinhandlaren, sondern schon von den Fabrikanten und Großisten vorgenommen würden. Durch die vorgeschlagene Aenderung werde es aber fast unmöglich, die Fabrikanten und Großisten mit Erfolg vor den Strafrichter zu bringen. Auch würden reelle Gewerbe und reeller Handel durch die Bestimmungen des Entwurfs nicht leiden, denn dadurch würde den inländischen Erzeugnissen eine größere Garantie ihrer Reliabilität gegeben.

Endlich gehe die Gesetzgebung von England wie die der Cantone Zürich und St. Gallen der Gesundheitsbehörde bereits die Befugniß zu periodischen Untersuchungen der Lebensmittel mit Bezug auf Bereitung und Verkauf, sowie der hierzu benutzten Vasale, und es sei nicht bekannt, daß die Behörden von dieser Befugniß einen unangemessenen Gebrauch machen.

Aber alle diese schwer wiegenden und gerechten Bedenken hinderten nicht, daß die überwiegende Majorität der Commission die vorgeschlagene Aenderung annahm. Dem Hinweis auf die englische und schweizerische Gesetzgebung hielt man einfach entgegen, daß dort auch die Qualität und Organisation der Gesundheitsbehörden eine bessere sei, als bei uns. (Wie sehr sich übrigens die preussische Regierung diese Beschämung durch die kleinen Schweizer Cantone zu Herzen nimmt, zeigt sie dadurch, daß jetzt wieder in Berlin circa 250 neue Schuppleute für den Criminaldienst, namentlich den geheimen, eingestellt worden sind. Von einer Vermehrung und Hebung der Gesundheitspolizei hört man dagegen nichts.)

So wurde aus einer die Wirksamkeit des Gesetzes wesentlich bedingenden Bestimmung eine schützende Clausel für die Fälscher gemacht.

## Aus Berlin.

— 7. Juli.

„Neue Besen lehren gut“ — so wird man hier selbst denken. Es haben nämlich der stellvertretende Polizeipräsident, Wirklicher Geheimrer Oberregierungsrath v. Herzberg, und der Gouverneur v. Boyen ihren Abschied eingereicht. Von beiden Herren sagt man aus, daß sie nicht gern in ihren Amisfunktionen an die Grenze des „Möglichen“, sondern nur an die Grenze des „Erlaubten“ gingen. Die Nachfolger, deren Namen allerdings noch nicht genannt sind, werden sich hier in dem bevorstehenden Wahlkampf die Worte des Ministers des Innern, Grafen Guleburg II., wohl besser zu Herzen nehmen.

Doktor Schulze-Delitzsch hat sich in einem Schreiben an seine Wähler in Wiesbaden als den von der Sozialdemokratie bestgehabtesten Mann in Deutschland hingestellt und als echter Fortschrittler erklärt, daß man etwaige Vorlagen der Regierung, um das Unzureichende in der Gesetzgebung gegen die „wüste Agitation“ der Sozialdemokratie zu ersehen, einer reiflichen Erwägung unterziehen müsse. Sind dem „demokratischen“ Schulze denn die heutigen Polizeimaßregeln, die Vereins- und Versammlungsgesetze, sind ihm die Strafgesetze noch nicht streng genug? — Doch weshalb den alten Mann noch ernst nehmen? Ich theile Ihnen den Schulze'schen Ausdruck auch nur deshalb mit, um Ihnen zu zeigen, wie sich die projectirten Ausnahmegesetze in dem Kopfe eines fortschrittlichen Durchschnittsphilisters widerspiegeln.

Die hiesige „Volkszeitung“, die in letzter Zeit eine anerkannterwerthe Haltung angenommen hatte, fällt zuweilen in ihren alten Fehler der Verleumdung und Begeisterung zurück. So denunziert sie die Sozialdemokratie in Bezug auf das erste von unserer Partei hier herausgegebene Wahlflugblatt, daß dasselbe nur halbe Wahrheit enthalte, daß die Sozialdemokratie noch ganz andere Pläne habe, daß sie die Lüge und Heuchelei predige (in Bezug auf die rohen fortschrittlichen Bedrohungen der Arbeitsentlassung!) — und daraus folgert das weiße Blatt, daß man einen Fortschrittler wählen müsse. Ein Fortschrittler, der sich über Heuchelei und Lüge beschwert — ein komischer Kauz. Uebrigens will ich Ihnen den von der „Volkszeitung“ angezeigten Sach aus dem hiesigen Wahlflugblatt unserer Partei mittheilen, den das fortschrittliche Blatt natürlich nicht abdruckt. Derselbe lautet:

„Keine Ausnahmegesetze; keine Vermehrung der Steuerlasten, sondern Minderung derselben; kein Monopol, wohl aber Hebung und Schutz der Industrie und Verbesserung des Looses der werththätigen Klasse; keine Erneuerung des Militärsystem's, sondern Wahrung des Budgetrechtes des Reichstags und Minderung der Militärlasten überhaupt; keine Verkümme-

rung des allgemeinen Wahlrechts, sondern Ausdehnung desselben auf die Landtage und Gemeinden; keine Beschränkung der politischen Freiheiten, sondern Ausbau derselben nach den Prinzipien der Gerechtigkeit.“

Das sind allerdings einfache Sätze; aber von einem sozialdemokratischen Wahlcomité unterzeichnet zeigen sie jedem Unbefangenen auch ein völlig sozialdemokratisches Gesicht.

Der „Volkszeitung“ hätte es wohl gefallen, wenn das Wahlflugblatt derart abgefaßt gewesen, daß es von der löblichen Polizei confiszirt worden wäre. Doch den Gefallen thut man der Fortschrittspartei nicht, die, wenn sie uns gegenübersteht, auch zugleich die Partei der Polizeibeamten ist, für welche man hochobrigkeitlich eintritt.

Unser hiesiges Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse“, empfiehl und mit vollem Rechte den Berliner Parteigenossen, daß sie von den Wirthen, wo sie verkehren, sowie von den Krämern, von denen sie kaufen, verlangen sollen, die „Berliner Freie Presse“ zu halten. Dazu fordert unser Organ mit folgenden bezeichnenden Worten auf: „Wenn die Arbeitgeber jetzt den Arbeitern vorschreiben, welche Zeitung sie nicht halten sollen, dann steht auch den Einkäufern das Recht zu, den Verkäufern vorzuschreiben, welche Zeitung sie halten sollen!“

Der Inhaber des hiesigen Arbeiterbildungsinstituts, Genosse W. Körner, der vor mehreren Tagen aus der Untersuchungshaft wieder entlassen werden mußte, hat das Lesekabinett dieses Instituts wieder eröffnet. Derselbe hat den Besitzer des „Tageblattes“, Rudolph Koffe, wegen verleumderischer Beleidigung verklagt, da dieser ausgesprengt hatte, daß unser Genosse wegen Meineid und unzüchtiger Handlungen angeklagt sei. Ursache der Untersuchungshaft ist lediglich die Anklage wegen „geheimer Verbindung“ gewesen. Es soll mich wundern, ob Herr Koffe bei der Schwere der Beleidigung zu Gefängnisstrafe verurtheilt wird, mit der man doch beim hiesigen Stadtgericht gegenwärtig gegen die Sozialdemokraten so sehr freigebig ist.

Noch will ich Ihnen mittheilen, daß unser Wahlcomité auf das Gesuch, eine Abschrift der Wahllisten zu erhalten, vom Magistrat abschlägig beschieden worden ist, weil bei der Kürze der Zeit das Wahlbureau nicht im Stande sei, Abschriften der Wahllisten zu liefern. Derselbe Antwort hat schon oder wird das Wahlcomité der Fortschrittspartei erhalten, doch glaube ich, daß es demselben gelingt, trotz der Kürze der Zeit die Abschrift der Wahllisten zu erhalten, da der Magistrat das beabsichtigte Gesuch des Wahlcomités, die Wahllisten durch fortschrittliche Vertrauensmänner selbst abschreiben zu lassen, kaum abschlagen dürfte.

Herr Stadtrath Zelle, der Gegencandidat des Genossen Frisghe hat eine Wahlrede gehalten, die sich besonders gegen unsere Partei wandte. Er sagte, daß dieselbe ebenso wie die der Liberalen und Agrarier gar keine Partei sei, daß ferner die Sozialdemokraten in drei Abtheilungen zu bringen seien, 1) in Hezer („Führer“), 2) in Verführte, 3) in Hödels. Nach dem Berichte der „Volkszeitung“ schlägt der geistvolle Redner vor, der ersten Kategorie seine Belehrungen (für die „Hezer“ Belehrungen!) und Strenge der Handhabung der Vereins- und Pressegesetze zu widmen; der zweiten („Verführten“) müsse man mit dem Arbeitshause und den Strafgesetzen zu Liebe gehen, und der dritten Kategorie (den Hödels) müsse man den Haß mit Liebe vergelten und sie in materieller und geistiger Beziehung emporziehen. Wir gratuliren diesem fortschrittlichen Candidaten zu seiner Hödeliebe. — Daß auch vor dem liberalen Stadtrath die christlich-sozialen „Hezer“ keine Gnade fanden, ist natürlich. Zelle aber wird am 30. Juli keine Gnade finden vor den Augen der Mehrzahl der Wähler im 4. Berliner Wahlkreis.

Bis jetzt kann man über den Ausfall der Wahlen nichts sagen. Die Unterdrückung der Arbeiter ist ungemein groß, aber ihre Begeisterung noch größer! Wahrscheinlich fallen die Wahlen ähnlich aus, wie im Januar 1877. Der vierte und sechste Wahlkreis für uns, der fünfte für die Fortschrittler; im 3. engere Wahl zwischen Sozialdemokratie und Fortschritt, im 1. und 2. engere Wahlen zwischen Fortschritt und Conservativ-Liberalen. Dabei kann der 1. Wahlkreis sehr leicht den Fortschrittler verloren gehen.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Eine sehr wichtige Entscheidung für die Arbeiter. Wir haben die Arbeiter schon im „Vorwärts“ aufgefordert, sich nicht ohne Kündigung auf die Straße werfen zu lassen von

\*) In Nürnberg (Siehe Correspondenz) hat der Magistrat den Sozialdemokraten die Listen gleichfalls nicht zugestellt. Die Fortschrittler aber haben dieselbe durch ihre Commis abschreiben lassen. D. R. d. B.

Umstürzeln vorwerfen. Und das hier? Wäre es „freie Liebe“!

Es ist aber zehntausendmal Schlimmeres: Gezwungene Liebe.

Heute war der Markt gerade recht stark besucht. Schon von weitem hörte und sah man die rohen Späße und Joten der jungen und alten „canaillo doré“ und das Lachen der Mädchen, jenes hölzerner, gezwungene Lachen, zu dem sich das fröhliche Lachen der Mädchenunschuld verhält, wie eine sonnige, heitere Landschaft zu der gemalten Landschaft eines Wirthshaus-Schildes.

Ich blieb mitten in dem Gewähle stehen. Nicht als ob ich etwa — oh nein! So was müssen Sie von mir nicht glauben, geehrter Herr Redakteur! Es war rein nur vom sozial-politisch-ökonomisch-ethisch-moralisch-praktisch-philosophisch-psychologischen Standpunkt aus, daß ich tugendstrenger Republikaner an dieser Stätte des äppigsten Lasters und der bourgeois-sittlichen Verwirrtheit verweilte.

Ein tolles Treiben! Die Mädchen in ihren eleganten Toiletten mit dem stereotypen, eingefrorenen Lächeln auf den Lippen, das sich immer wie ein mühsam unterdrücktes Weinen ausnimmt und uns alle anzulagen scheint. Und wahrhaftig — sie haben zu weinen, sie haben zu klagen. Wer — und sei es auch der ärmste Proletarier — kann sagen, er habe schwerere, wichtigeren Anlagen gegen die bestehende Gesellschaft vorzubringen, als diese armen „Verlorenen“? Jener verkauft doch immer nur die Kraft seiner Arme, sie aber müssen — täglich, stündlich von Neuem — sich selbst, ihr eigenes Ich, ihren Leib, ihre Menschenwürde, das Beste, was das Weib hat, die Frauenehre verkaufen — das ist schredlich. O gewiß — ihnen gebührt die Palme im Wettbewerb des Elends.

Das Philistertum erzählt sich mit sittlichem Grausen von den „Petroleusen“, die in jenem weltgeschichtlichen Frühling, als drüben im schönen Paris die junge Gesellschaft einen heroischen, aber hoffnungslosen und deshalb wohl besser unterbliebenen Kampf gegen die übermächtige alte aufnahm — so wild und todestropig in den Reihen der „Nordbrenner“ mitfochten.

Junge Mädchen sah man, so wird berichtet, „Dirnen“ in Männertracht, die Büchse in den pulvergeschwärtzen kleinen

Händen, in den vordersten Reihen stehend, im heißesten Schlachtgewühl, in der größten Gefahr, die Streiter zum Kampfe anfeuernd, die unerschrockensten Männer an Heldennuth und Todesverachtung beschämend.

Und doch nichts begreiflicher als das. Wer hatte so Vieles so unaussprechlich Vieles zu verteidigen, als diese Armen? Die Commune hatte ihnen ihre entsetzlichen Kerker geöffnet — „Die Prostitution ist abgeschafft.“ Sie mußten, die Rückkehr der „moralischen Ordnung“ bedeutete für sie die Rückkehr in die alte entsetzliche Sklaverei. Wer konnte sie auch besser kennen, die Moral dieser „moralischen Ordnung“, wer mußte diese tiefer, tödtlicher hassen?

Und als der schöne Traum von Freiheit und wiedererstrittener Frauenwürde zusammenbrach und die „moralische Ordnung“ — trotz alledem — jähneuland triumphirte, — da fand man auf den Barrakaden, in den Straßen gar manche schöne Mädchenleiche, die klaffende Todeswunde auf der entblößten Brust. Vor sich die feindlichen Geschosse, hinter sich die alten, martervollen Kerker, hatten sie jene gewählt.

Wie ich nun so auf meinem sozial-politisch-ökonomisch- u. s. w. u. s. w. Standpunkt dastehe, fällt mir in dem Gewähle, nicht weit von mir, ein sehr, sehr hübsches junges Mädchen auf, von jener sonnen, rührenden Annuth, wie man sie in dieser Art eben nur bei Albions goldhaarigen Töchtern findet.

Sie konnte noch nicht lange beim „Handwerk“ sein, denn sie war jung, fürchtbar jung, und ihr Gesicht, ihr ganzes Wesen zeigte noch nicht jenes gewisse Etwas, jenen Stempel der Entwürdigung, den das Gewerbe all diesen Mädchen aufdrückt und sie dem Renner unschwer verräth.

Vor ihr stand ein alter abgelebter Kerl in noblem Futteral und sprach eindringlich in sie hinein.

„Komm, komm, ich habe meinen Wagen hier“, hörte ich ihn sagen.

Sie bleibt zaudernd, stumm stehen. Er klüffert ihr mit faunischer Grimasse etwas in's Ohr. Sie fährt zusammen und blickt schau, ängstlich um sich, wie fragend, ob denn Niemand zu ihrer Hilfe da sei.

brutalen Arbeitgebern, oder aber noch 14tägige Lohnforderung zu beanspruchen. Das unsere Aufforderung eine richtige war, beweist nachfolgender Bericht, der uns vom 5. Juli aus Berlin zugeht: Die Arbeiterentlassungen ohne vorherige Kündigung haben jetzt zu einem bemerkenswerten Erkenntnis geführt, welches zum Nachtheil der Arbeitgeber ausgefallen ist. Mehrere in einer hiesigen größeren Fabrik für Gas- und Wasseranlagen beschäftigt gewesene Arbeiter waren vor einiger Zeit plötzlich entlassen worden. Der Arbeitgeber glaubte diese Maßregel unter Hinweis auf einen diesbezüglichen Paragraphen der in den Arbeitsräumen zur Nachachtung ausgehängten Fabrikordnung, nach welcher in gewissen Fällen eine Kündigung bei einer Dienstentlassung ausgeschlossen ist, begründen zu können, während die entlassenen Arbeiter noch für die nächsten 14 Tage Lohn von je 30 Mark beanspruchten. Das hierüber zur Entscheidung angerufene Gewerbegericht des hiesigen Gewerbegerichts des hiesigen Magistrats resolvirte auch zu Gunsten der Arbeiter und das Stadtgericht erkannte, nachdem der Fabrikbesitzer gerichtliche Entscheidung beantragt hatte, im nämlichen Sinne. In dem Erkenntnis wurde ausgeführt, daß die zunächst geltend gemachte klägerische Forderung, die für Jedermann sichtbar in der Fabrik ausgehängte Fabrikordnung müsse den Klägern bekannt sein, eine irrige sei, weil die Kläger keine Verpflichtung hätten, die an den Wänden befindlichen Plakate zu lesen. Sodann könne aber auch durch eine derartige einseitige Bekämpfung die deutliche und klare gesetzliche Vorschrift, wie sie der § 110 der Gewerbeordnung aufstellt, nicht willkürlich geändert und die Absicht des Gesetzgebers somit auf Kosten des Gegners vereitelt werden. Aus dem allgemeinen Bestehen einer Fabrikordnung an sich folge nicht auch selbstverständlich schon der Ausschluß der Kündigung. — Die Arbeiter werden nun in allen Fällen, wo sie ohne Kündigung aus der Arbeit entlassen werden, sich die §§ 110 u. 111 der Gewerbeordnung genau ansehen, in welcher als Entlassungsgrund „sozialdemokratische Umtriebe“ nicht aufgeführt worden sind.

— Staats- und reichsfeindliche Zeitungen und Druckschriften. Der hochconservative Handelsminister v. Maybach hat ein Reskript an die königlich preussischen Eisenbahndirektionen erlassen, in welchem befohlen ward, streng darauf zu achten, daß alle staats- und reichsfeindlichen Zeitungen und Druckschriften, zu denen insbesondere die sozialdemokratischen zu rechnen seien, von der Colportage auf den Bahnhöfen unbedingt ausgeschlossen bleiben, und daß gegen die gute Sitte verstößende Schriften und Bilder, sowie auch Photographien der Verbrecher Hödel und Robling von der Colportage nicht feilgehalten werden. Desgleichen ist das Halten solcher Schriften und Zeitungen und das Auslegen derselben in den Restaurationslokalen den Restaurateuren zu untersagen. Die Colporteurs sind gehalten, ein Verzeichnis der von ihnen feilgebotenen Zeitungen und Druckschriften der königlichen Commission einzureichen, von der die ausdrückliche Genehmigung zum Vertrieb zu ertheilen ist. Mit der Ueberwachung dieser Anordnung werden in erster Reihe die Stationsvorsteher und die Bahn- und Betriebscontrolen zu beauftragen sein, jedoch wird der Commission zur Pflicht gemacht, daß die zur Aufsicht berufenen Beamten gelegentlich der Revisionsreisen sich persönlich von der genauesten Befolgung dieser Vorschrift überzeugen. Colporteurs und Restaurateure, die diesen Bestimmungen entgegenhandeln, sind sofort zu entlassen. — Daß auch Kerikale, fortschrittliche, ja auch liberale Zeitungen unter dies Jaterdilt des Herrn Maybach fallen, dies geht zur Genüge aus der Fassung des Reskripts hervor. Insbesondere die sozialdemokratischen — aber außerdem hat die „königliche Commission“, welche aus acht conservativen Männern sicherlich zusammengesetzt ist, zu bestimmen. — Daß wir Sozialdemokraten längst nicht mehr die einzigen Umstürzler sind, beweist die Zusammenschließung halb-liberaler, frei- und deutschconservativer Elemente zu einer „Ordnungspartei“ in Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie kaum existirt. In diesen gilt der Kampf dem Parteien der „Ordnung“, die sich unter Lasfers oder Richters Fahne sammeln. Merkwürdige Herren sind es doch, diese Fortschrittler — in einigen Wahlkreisen lassen sie sich von den Gemäßigten-Liberalen und den Conservativen, als Reichsfeinde völlig in die Acht erklären, sie lassen sich in Kreisen wie Kiel und Altona, die sie befehlen haben, einen nationalliberal-conservativen Knäuel zwischen die Beine werfen, und diese selben Fortschrittler proklamiren zum Beispiel in Blön-Segeberg den deutsch-conservativen Kandidaten, den Grafen Holstein, auch zu ihrem Kandidaten, während sie noch bei der vorigen Wahl einen eigenen Kandidaten, den Professor Seelig aus Kiel, aufstellten. Das nennt man fortschrittliche Consequenz, einen erklärten Reaktionär auf den Schild zu heben. Dies Verfahren ist übrigens den fortschrittlichen Berliner „Größen“ derb unter die Nasen zu reiben.

Ich glaube wahrhaftig, daß Wädel hat mir so etwas wie leid gethan, Herr Redakteur.

Ihr Bild fiel auch auf mich, der ich Beide beidseitig anjah. Das schien ihr aber weiter nicht besonders angenehm zu sein — sie entfernte sich einige Schritte von mir, von dem Alten gefolgt.

Ich konnte nun nicht mehr hören, was sie mit einander sprachen. Wieder zischelt ihr der alte Bursche etwas in's Ohr. Was er ihr nur immer zuzuraunen hatte? Da — nun greift er wahrhaftig in die Tasche und zeigt ihr die wohlgefüllte Börse. Ordinarer Kerl!

Nach steht sie da. Er faßt sie bei der Hand und schleppt sie nach sich — jetzt steigen sie in den Wagen und — fort sauste das Gefährt in die dunkle Nacht hinein. — — —

Mylord von Shaftesbury! Sie können mir gewogen bleiben!

— Gute Antwort. Einem der bedeutendsten Bauunternehmer Deutschlands wurde vor Kurzem von fortschrittlicher Seite die Aufforderung zugestellt, von jetzt ab keine Sozialdemokraten mehr zu beschäftigen. Er hat geantwortet: „Ich habe noch niemals einen Sozialdemokraten engagirt, da ich mich noch niemals auf sozialdemokratische Arbeiten eingelassen habe. Ich beschäftige nur Maurer und Zimmerleute!“ Bravo!

— Unverschämtheit. Der „Merseburger Correspondent“, ein Demunziantenblättchen schrieb am 29. Juni: „Aber nicht nur — und das mögen sich die Sozialdemokraten ebenfalls merken — die Majestätsbeleidiger, sondern namentlich auch die Leiber in den letzten Wochen so zahlreich aufgetretenen falschen Demunziationen werden strengstens bestraft.“ — Als wenn die Sozialdemokraten demunzirt! Das ist doch eine Frechheit, welche das Leib- und Magenorgan des Hauptmanns der Merseburger Bräugelgarde begeht, die nur noch abertrotzen wird durch die Rohheit, die in Merseburg unter den Patrioten überhaupt herrscht, wie die Knüppelerei am 3. Juni gezeigt hat.

— Bamberger und Lasker, die von Bismard so schwer Getrübten, weil er von ihrem Pantoffel nichts mehr wissen will, haben sich in ihren Wahlreden auf die „Hinterbeine“ gestellt. Bamberger sagte, daß er im Reichstage einen sehr gemäßigten liberalen Freund habe, zu welchem einige Wähler gekommen seien und dem sie erklärt hätten, daß sie ihn nur dann zum Reichstagsabgeordneten wieder erwählen würden, wenn er sich von vornherein verpflichtete, alle von der Reichsregierung dem Reichstage vorzuliegenden Gesetze gegen die Sozialdemokraten gutzuheißen. Daraufhin habe jener die Wähler geantwortet: Wenn dies wirklich Ihre Absicht ist, so thun sie am besten, einen Bedienten des Fürsten Bismard nach Berlin zu schicken, der würde ein solches Amt am besten zu versehen im Stande sein. Er (Bamberger) aber gebe hierin noch weiter, solche Wähler sollten lieber gar keinen Reichstag wählen, als einen solchen, der die Vorlagen der Reichsregierung nur einfach registriere. Lasker erklärte in Saalfeld, daß er und seine Partei entschieden gegen Ausnahme Gesetze stimmen würden. Er erkenne die Sozialdemokratie als eine Partei an, gegen die, wie gegen jede andere, nur mit allgemeinen Gesetzen vorgegangen werden dürfe. Er hätte seiner Zeit auch gegen das Jesuiten-Gesetz gestimmt, das Wort „Reichsfeind“ komme nie in seinen Mund, er verlange für alle Bürger gleiches Recht. — Die „Frankf. Btg.“ meint, daß die Sozialdemokraten im 2. Meiningener Wahlkreise bei einer Stichwahl gegen Lasker stimmen würde. Die „Frankf. Btg.“ mag sich Rath's holen bei dem Candidaten unserer Partei im dortigen Kreise, Genossen Grillenberger in Arnberg — die Antwort dürfte anders ausfallen.

— Zum Kapitel der Majestätsbeleidigungen. Die „Vossische Zeitung“, gewiß ein ruhiges Philisterblatt, schreibt in ihrem politischen Theile: „In Bonn war ein Schuhmacher aus Siegburg wegen Majestätsbeleidigung in erster Instanz zu 2 Monaten, in zweiter zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Am Dienstag Morgen wurde er in seiner Zelle erhängt gefunden. In Spandau wurden fünf Personen zu 2, 6 Jahren und zu 6, 6 und 2 Monaten verurtheilt. Nachdem wir über auswärtige Verurtheilungen in einer Gesamtheit der erkannten Strafen von 500—600 Jahren berichtet haben, widerstrebt es uns, die traurige Liste weiter fortzuführen. — Ja, es widerstrebt der ruhigen „Vossischen Zeitung“ die traurige Liste weiterzuführen. — Weshalb? Offen ausgesprochen — auch die ruhige „Vossische Zeitung“ ist von Ekel erfüllt über die in Deutschland grassirenden Denunziationen, über die Henkerbande, die in Deutschland ihr Unwesen treibt. Und doch haben alle diejenigen Organe, welche der Regierung gegenüber ruhig und nachgiebig waren, diese Henkerbande großziehen helfen. Wer aber die Majestätsbeleidiger sind, das geht aus einer Berliner Localnotiz desselben Blattes in derselben Nummer hervor, die also lautet: „Am Mittwoch wurden drei verkommene Subjekte und am Donnerstag ein schon bestrafter, arbeitscheuer Mensch wegen Majestätsbeleidigung in Haft genommen.“ — Aus alledem geht hervor, daß die Denunzianten und die meisten der Majestätsbeleidiger auf ein und derselben sittlichen Stufe sich befinden. Und da wird so viel Aufhebens von einigen dummen, schnoddrigen Aeußerungen gemacht? Geschieht dies bloß um den deutschen Philister, der doch so schon dumm genug ist, noch mehr zu verwirren und zu verwirren? Antwort können die Herren Oneiß, Treitschke und Behrenspennig geben.

— Eine Stimme aus dem Auslande. Ueber die über Deutschland hereinbrechende Reaction schreibt der liberale „Bester Lloyd“ folgende Sätze, die beweisen, welche Meinung darüber im Auslande und speziell in Oesterreich herrscht. Das genannte Blatt schreibt: „Mit drohendem Schritt vollzieht die Reaction ihren Aufmarsch in Deutschland, und unter ihrer Wucht erzittert der Boden weit über die Marken des Reiches hinaus. Kein Zweifel, die Auflösung des Reichstages leitet die Herrschaft des Consentes wieder ein. Wen dieser Akt nicht befehrt, dem verliert das gellende Concert aus allen Sämpfen, Mauerreden und Baumhöhlen, daß es wieder Nacht werden will in Deutschland. Das Wackerthum und das Junkerthum, der Denunciant, der Büttel und die Polizei, die eiserne Faust und das blutige Wort, die loyale Heuchelei und die heuchlerische Loyalität — Alles, Alles wozu man meinte, es sei für ewige Zeiten verbannt, hat sich nach den Schüssen unter den Linden zusammengefunden und feiert seine widerwärtige Orgie inmitten der Verführung und Verzweiflung der Denkenden und Ehrlichen. Wäre es nicht auf die Bewältigung der liberalen Parteien abgesehen, so ließe sich nicht einmal die Auflösung des Reichstages erklären. Die Nationalliberalen waren ja zuletzt daran, sich dem Reichskanzler mit gebundenen Händen anzuliefern; in ihrem autorisirten Organe erklärten sie bußfertig, der Regierung gern zu Willen zu sein, wenn die Vorlage gegen die Sozialdemokraten neuerdings

— Aus Cottbus wird uns berichtet, daß ein in einem nahe gelegenen Orte von einem Kürassier zu Schanden geschlagener Mann in ärztliche Behandlung genommen werden mußte. Der herbeigeholte Arzt, mit R. soll sein Name anfangen, eine acht patriotische, nationalliberale Seele, soll so betrunken gewesen sein, daß er über den benutzlos niederliegenden Kranken hinstürzte. Die Bauern sahen sich in Folge dessen genöthigt, den Dr. W. zu holen, der den Geschlagenen auch bald wieder zum Bewußtsein brachte. — Von Dr. R. ist es bekannt, daß er oft über die Dürftigkeit der Arbeiter und Sozialdemokraten räsonnirt.

— Unser Valentin, der bravste der braven Abgeordneten, der berühmte Schlüßmacher des Reichstages verzichtet auf ein Mandat in seinem alten Wahlkreise, „um jede Spaltung der liberalen Stimmen zu verhindern“. Ein neuer Wahlkreis wird ihm nicht wieder zuertheilt. Uebrigens braucht Valentin für eine Grabrede nicht Sorge zu tragen, dieselbe wird ihm schon von den „Wespen“ und dem „Kladderadatsch“ gehalten werden. Auch wir werden dem „Todten“ einige Thränen nachweinen.

— Dr. Löwe-Calbe, der frühere „Republikaner“, erklärt, für die „Ausnahme Gesetze“ stimmen zu wollen — es wird wohl nicht lange dauern, daß der Präsidentensitz im Reichsgesundheitsamt erledigt ist. — Dr. Beseler fordert, daß Alle gleich seien vor dem Gesetz, aber daß nicht gleiches Gesetz für Alle herrsche. So gut es Ausnahme Gesetze für Rindvieh und Jesuiten gäbe, könnten auch solche für Sozialdemokraten gegeben werden. — Weshalb denn nicht für langobrigte Professoren, Herr Professor Dr. Beseler? — Dr. Wigard, Professor in Dresden hat eine Wahlrede gehalten, in welcher er erwähnte, daß er die sozialdemokratischen Prinzipien schon vor dreißig Jahren in dem Buche des communistischen Schneidergesellen Weigelt gelesen habe; sie seien also nicht Neues. Alle Blätter drucken den Schneidergesellen Weigelt nach. — Und das will die Sozialdemokratie bekämpfen!

vor den Reichstag gebracht werde. Allein, vor dem Reichskanzler kommt alle Neze zu spät.“

Merken denn unsere deutschen Reichsbrüder gar nicht, welchen jämmerlichen Eindruck das reaktionäre „geirnte, freie, große, deutsche Reich“, welchen jämmerlichen Eindruck sie selbst im Auslande bei allen vernünftigen Menschen machen?

— Wir theilten in letzter Nummer mit, daß Lehmann seine Vertheidigung dem Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalt Freitag habe übertragen wollen. Da Freitag erst Ende der vorigen Woche, also wenige Tage vor dem anberaumten Verhandlungstermin, von diesem Entschluß in Kenntniß gesetzt wurde, hat er die Uebernahme der Vertheidigung davon abhängig gemacht, daß das Berliner Gericht in eine Vertagung des Termins willige, damit er im Stande sei, das Aktenmaterial zu bewältigen. Ob man auf dieses gerechte Verlangen eingegangen ist, wissen wir noch nicht.

— Weitere sozialistische Candidaturen sind:  
I. württembergischer Wahlkreis (Stuttgart) Dr. Albert Dull.  
X. Wahlkreis (Göppingen u.) Jul. Rotteler. München I Dr. med. Hader; München II Alois Riefer. Frankfurt a. M. Rudolf Döll. Höchst-Uffingen Jakob Schmidt. Bremen W. Frid. In den westfälischen Kreisen ist an mehreren Orten Dortmund, Jerslohn u. c.) C. W. Tölle aufgestellt. Mainz und Offenbach Diebnecht. (Der Offenbacher Kreis gehörte zuerst zu den offiziellen; da aber die dortigen Genossen an der Candidatur Diebnecht's unter allen Umständen festhielten, dieser aber nicht in zwei offiziellen Kreisen aufgestellt werden durfte, so verzichteten die Offenbacher Genossen auf direkte Parteiunterstützung, bloß um ihren alten Candidaten behalten zu können. Dies zur Aufklärung.) Leipzig (Stadt) Bebel. XI. sächsischer Wahlkreis (Wurzen-Oschay) Hadlich-Beipzig. IX. sächs. Wahlkreis (Blauen-scher Grund) Vollmar-Dresden. IV. sächs. Wahlkreis (Dresden-Rußland mit Land) Diebnecht. VII. sächs. Wahlkreis (Riesa) Rauer-Beipzig. X. sächs. Wahlkreis (Döbeln-Waldheim) Burckhardt-Beipzig. Köln und Königsberg Bebel. Erlangen-Fürth: Löwenstein. Delitzsch-Bitterfeld: Ramm-Beipzig. Erfurt und Cottbus: Otto-Kapell. II. Meiningener Wahlkreis (Saalfeld) Grillenberger. Halberstadt: Dr. Stamm. Berlin I Rosl, Berlin II Baumann; Berlin III Radow; Berlin V Otto Kapell.

— Vom Kriegsschauplatz. In unserer letzten Nummer haben wir berichtet, daß Parteigenosse Palm aus Siegburg, der in erster Instanz zu zwei Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden war, in zweiter Instanz, nachdem der Staatsanwalt appellirt hatte, mit drei Jahren Gefängniß von den milden Appellationsrichtern bestraft wurde. Palm führte sich dieses unerwartete harte Urtheil so zu Gemüthe, daß er sich am 1. Juli in seiner Zelle erhängte. — Der wegen Majestätsbeleidigung denuncirte und verhaftete sozialdemokratische Colporteur Volz in Darmstadt ist aus der Haft wieder entlassen worden, weil ein Mißverständnis vorlag. „Zum Teufel mit den Denunzianten!“ — sagt „Kladderadatsch“ im Jahre 1849. — Wegen Vertriebes von Loosen der Londoner Tombola zu Gunsten der nach Neu-Caledonien Verbannte wurde in Frankfurt a. M. der Colporteur Knoke zu 30 Mark Geldbuße verurtheilt, nachdem er drei Tage in Untersuchungshaft gewesen war. — Die Dresdener Maler- und Lackirergewerkschaft ist aufgelöst worden. — Genosse Vollmar, der bekanntlich im Gefängniß sich befindet, wurde neuerdings wegen Beleidigung eines „ehrwürdigen“ Barones zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt. — Der sechste Redakteur der „Bergischen Volksstimme“, J. Mülhaus wurde am 4. Juli in Barmen plötzlich verhaftet. — Unser Genosse Kosty in Braunschweig ist wegen Privatbeleidigung am 4. Juli zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Das Wahlflugblatt unserer Partei in Reichenbach-Neurode ist confiscirt worden. Es lebe die Wahlfreiheit! — Die Münchener Polizei hat die Mitgliederverzeichnisse der dortigen Parteigenossen in die Hand bekommen und die Namen der beteiligten Arbeiter den betreffenden Arbeitgebern mitgetheilt. Ist das nicht Antömischbrauch?! — Gegen unsere Genossinnen Frau Canjus und Frau Stegemann in Berlin ist die Untersuchung wegen Religionssternung, die sie in öffentlicher Rede begangen haben sollen, eingeleitet worden.

## Correspondenzen.

Berlin, 5. Juli. (Zur Spitze!) Unser Berliner Parteiorgan schreibt: „Ein hiesiger Bürger, Namens W., dessen Gattin, Mutter dreier unmündiger Kinder, typhuskrank im Moabiter Lazareth liegt, besuchte am Sonntag, mit Zurücklassung der Kinder, die kranke Frau. Auf dem Rückwege traf er einen Freund, mit welchem er in einem Moabiter Garten einkehrte, um ein Glas Bier zu trinken. Die Freunde sprachen mit einander von Wahlangelegenheiten, wobei W. äußerte: „Unsere Candidaten sind nunmehr aufgestellt und wir im 6. Wahlkreise wollen dafür sorgen, daß unser Häschen als Sieger aus der Urne hervorgeht.“ Raum waren die Worte gesprochen, so sprang ein dicht daneben stehender Mann, der sich schlafend gefieft hatte, auf und forderte, indem er ein Schild als Polizeilegitimation aus der Tasche zog, die beiden erstauenten Männer auf, ihm zur Wache zu folgen. Bei dieser angelangt, mußten die beiden verweisen, bis der ominöse „grüne Wagon“ ankam, mittels dessen sie dann nach dem Rollenmarkt befördert wurden. Dort steckte man sie in ein elendes Loch von Gefangenzelle, worin sie — ohne Speise und Trank — die ganze Nacht durch blieben. Am andern Morgen (Montag) 9 Uhr wurden die „Uebelthäter“ endlich vor den Untersuchungsrichter geführt, welcher sie in Gegenwart des Denunzianten fragte, was sie am gestrigen Tage im Biergarten geäußert hätten. Die beiden wiederholten nun jene „staatsgefährlichen“ Worte. „Weiter“, fragte der Richter, „weiter haben Sie nichts gesagt?“ Die Beschuldigten entgegneten: „Nein!“ und der Richter sprach: „Nun, dann können Sie gehen!“ — Die beiden konnten gehen! Dafür aber, daß sie circa 16 Stunden — den halben Sonntag Nachmittag, die ganze Nacht und den halben Montag Vormittag — hungernd und durstend in einer dumpfen Zelle zubringen mußten und als „Verbrecher“ angesehen wurden — dafür giebt ihnen kein Mensch Gemüthung. Es ist wahrhaftig hohe Zeit, daß die öffentliche Meinung sich energisch gegen das beliebte Spionier- und Denunziersystem ausspricht, denn Niemand ist ja sicher davor, das Opfer irgend eines sich an ihn heranschleichenden schuftigen Spitzels zu werden.“ — Wir aber fragen: Können die beiden Beschuldigten den „Herrn“ Polizei-Denunzianten nicht wegen wissenschaftlich falscher Denunziation anklagen? Wenn das nicht gehen sollte, da der Denunziant vielleicht behaupten wird, daß er im Halb-schlaf die Aeußerung mißverstanden habe, dann fragen wir: Empfinden die höheren Polizeibeamten und die Richter nicht zuweilen Ekel über solche von der Polizei angestellte Denunzianten?

**Chemnitz, 3. Juli.** Wie zahlreich doch der Lämmel geworden ist — sagte dieser Tage ein liberales Blatt von der Sozialdemokratie, und daß dem so ist, beweist ein Fall, welcher der „Chemnitzer Freien Presse“ aus Thalheim unterm 30. Juni berichtet wird:

Auf der Bahnhofrestauration daselbst schimpfte und tobte nämlich ein Herr Reichelt oder Reichert aus Leipzig, der nationalen Hochburg, seines Reichens ein Kaufmann, über die „sozialistischen Mordmörder“ dergestalt, daß ein zufällig anwesender Sozialdemokrat sich veranlaßt sah, den begeisterten Herrn um Beweise zu bitten.

Mit geschwungenem Stod und unter Androhung der Arrestur schied sich der Maulheld auch wirklich an, Beweise zu erbringen und zwar mit hinüberbrannten Expektorationen, die in offener Tollwuth herausgepeffert wurden. Außer einem Thalheimer Restauration, der gerade anwesend war und den Tobenden beifällig anirnte, — bewahrten alle Anwesenden das tiefste Schweigen, während unser Genosse sich mit Verachtung von dem „gebildeten“ Manne schließlich abwendete. —

Zu viel Ehre für ein so niedriges Betragen, wenn man es nur eines Wortes würdigt. Starke Biere und viel Eisenbahnfahren machen übrigens nervös. Weiß das unser Genosse nicht? Vielleicht hat er es gar mit einem jener „reisenden Häufer“ zu thun gehabt, die auf diese Weise sich Rundschaft sammeln wollen.

Wir kennen übrigens Leute, die auswärts so tapfer sind wie Herr Reichelt, die aber in der Nähe einer größeren Zahl von Sozialdemokraten so „gebildet“ sind, daß man auf sie das Wort anwenden kann: „Wie zahlreich doch die Lämmel geworden sind.“

**Heidelberg.** „Wo Alles liebt, kann Karl allein nicht hassen.“ Das heißt, wenn allüberall die Knüppelgarde mobilisiert und das schwere Geschütz der Verleumdung gegen uns in's Treffen geführt wird, kann natürlich das „liberale“ Heidelberg, die Rufstadt, in der ja, wie bekannt, das „liberale“ Brodgelehrtenhum gebräutet wird, nicht zurückbleiben. Bei solchen anormalen Verhältnissen sind die massenhaften Maßregelungen und die anderen lieblichen Kleinigkeiten, mit denen man uns jetzt bedenkt, sehr erklärlich. Nur schade, daß immer die wackersten Kämpfer dem tödlichen Streiche zuerst erliegen müssen. Es wäre demnach gar nicht so überraschend, daß hier gerade Genosse Weiblinger den Reigen der Gemäßigten eröffnete, da er ja unaufhörlich bemüht war, hier für die Sache der Arbeiter immer neue Anhänger zu gewinnen, wenn eben nicht sein Meister der Vorsteher eines Vereins wäre, in dem doch die Toleranz eine Zustuchtsstätte gefunden haben sollte. Derselbe ist Vorsteher der hiesigen freireligiösen Gemeinde. Wirkt nicht gerade unsere Bewegung, die Arbeiterbewegung, für die Emanzipation vom religiösen Wahn? Sollten nicht gerade die freireligiösen Gemeinden in uns ihren natürlichsten Bundesgenossen finden? Freilich sollten sie das wohl, und würden es auch ganz gewiß, wenn — nun wenn eben nicht schon längst diese Vereine bloß als Aushängeschild benützt würden. Dieser Vorfall ist durchaus nicht vereinzel, und wenn er es wäre, wäre er doch sehr charakteristisch. Was sagt nun aber Herr Scholl hierzu, an dessen Adresse diese Zeilen speziell bestimmt sind? Meint er es mit seinem „Wort zur Versöhnung“ ehrlich? Wenn ja, so steure er einem solchen Unwesen, so trete er auch energisch für das ein, was er in jener Broschüre gesagt, und Sorge dafür, daß der Gemeinde fürderhin eine derartige Schande erspart bleibe.

**Barmen, 30. Juni.** Hier in Barmen sieht es wirklich drollig aus. Noch nie hat die Polizei so gut für uns agitiert, wie gerade jetzt vor der Wahl. Bringen wir unsern Hasselmann durch, so gebührt das erste Hoch der Polizei. Der Wahlkampf wurde unsererseits eröffnet mit einem Flugblatt, welches wir am Sonntag den 16. Juni herausgaben. Dasselbe wurde aus unbekanntem Grunde confisciert, jedoch fielen der Polizei von den 40,000 Exemplaren nur 2 bis 3000 in die Hände, die anderen waren schon verteilt. Am 17. Juni wurde bei unzähligen Sozialisten und Nichtsozialisten gehäufte Verhaftung, allein erfolglos. Jetzt wollen wir zeigen, wie die Polizei das Vereins- und Versammlungsrecht auszulegen versteht. Am gleichen Tage meldete der Vorsitzende des Arbeiter-Wahlvereins eine Generalversammlung genannten Vereins an. Der Polizeisekretär erklärte einfach, er dürfe die Bescheinigung nicht ausstellen, weil der Herr Polizeinspektor ihm befohlen habe, über Versammlungsanmeldungen Bericht zu erstatten, ehe er die Bescheinigung ausstelle. Nachricht sollten wir den nächsten Tag erhalten, warteten aber vergebens darauf, weshalb der Vorstand beschloß, den Verein aufzulösen, weil die Polizei nicht das Vergnügen haben sollte, denselben zu schließen. Einige Tage später brachte der „Barmer Anzeiger“ (Amtsblatt) und die „Barmer Zeitung“ die Nachricht: die „Schützenhalle“ (das größte Lokal in Barmen) siehe den Sozialdemokraten nicht mehr zur Verfügung. Andern Tags ging ein Genosse zu dem Wirth und fragte: ob wir den Saal zu einer Versammlung haben könnten. „Natürlich“, war die Antwort. „Der Saal steht Euch immer zur Verfügung.“ Nachdem wir nun über die Lokalfrage Gewißheit hatten, berief Parteigenosse Gieseler eine sozialistische Wählerversammlung auf Montag den 24. Juni ein mit der Tagesordnung: 1) Proklamierung des Kandidaten, 2) Wahl eines Agitationscomités. Die Bescheinigung der Anmeldung wurde nach vielem Hin- und Herlaufen nicht eher gegeben, als bis der Wirth zu Protokoll erklärt hatte, daß er seinen Saal für diese Versammlung zur Verfügung stelle, zu welchem Zwecke zwei Sozialisten und der Polizeisekretär sich in die Wohnung des Wirths begaben. Der Montag Abend kam, nach und nach füllte sich der große Saal. Einige Minuten nach 9 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und ein Bureau gewählt. Kaum war dies geschehen, so ergriff der überwachende Beamte das Wort und erklärte die Versammlung für aufgelöst, weil nichtwahlberechtigten Personen anwesend seien. — Später wollten wir wieder eine Versammlung in der „Schützenhalle“ abhalten, aber die Polizei hatte es bis dahin fertig gebracht, daß uns der Saal nicht mehr überlassen wurde, und erscheint es sehr fraglich, ob vor der Wahl hier noch eine Versammlung zu Stande kommt.

Nun noch Einiges über unsere Zeitung, die „Bergische Volksstimme“. Die Polizei hat sich augenscheinlich die Aufgabe gestellt, das Erscheinen des Blattes unmöglich zu machen. Verhaftet wurden seit Pfingsten von der „Bergischen Volksstimme“ der Expedient R. Wolf und die Redakteure Schmidt, Hasselmann, Frimwiger und Büschhoff. Nun, wenn uns Tausend Redakteure verhaftet werden, so stellen wir Tausend und Einen. Confisciert wurde bis jetzt nur eine Nummer, nämlich 145. — Noch ist zu bemerken, daß die Polizei zu allen Wirthen läuft und sie auffordert, die „Bergische Volksstimme“ abzuschaffen; sie würden durch das Weiterhalten der Zeitung Schaden haben. Hüte Alles nichts, bis jetzt sind bloß 4 bis 5 Wirths abgefallen. Alle Wirthschaften, wo Sozialdemokraten verkehren, werden jeden Abend streng kontrolliert.

Zum Schluss notiren wir noch, daß wir seit der „tollen Paz“ wöchentlich 50 bis 100 Abonnenten gewonnen — jedenfalls ein anderes Resultat, als es unsere Gegner erwartet haben — und

ist die Begeisterung unter den Arbeitern nie eine solche gewesen, wie jetzt; überall trifft man bei den Parteigenossen eine bewunderungswürdige, eiserne Faße, und am 30. Juli wird die Abrechnung gemacht. — Ueber unsere gegnerische Presse hier im Wuppertal brauche ich nicht zu berichten; dieselbe ist gerade so gemein wie überall. In der ersten Woche des „Deliriums“ forderten die fortschrittliche „Barmer Zeitung“ und die muckerische „Rheinisch-Westfälische Post“ offen zum Sozialistenmord auf. Ich habe nicht gehört, daß der Staatsanwalt eingeschritten ist!!

Mit dem Rufe: Hoch die Freiheit! Hoch die Sozialdemokratie! Nieder mit den Verleumdern! schließe ich meinen Bericht.

**Stuttgart, 21. Juni.** Die auswärtigen Parteigenossen werden gedacht haben, in Stuttgart müsse für uns Sozialdemokraten noch ein Gesetz bestehen und solche Verfolgungen, wie sie bei Ihnen im nördlichen Deutschland stattfinden, fänden hier nicht statt, denn sonst müßte doch ein Bericht an das Centralorgan ergangen sein. Allein dem ist nicht so; unsere hiesige Polizei ist gleichfalls sehr rührig auf der Sozialistenjagd und confiscirt eine Nummer unseres hiesigen Parteiorgans nach der andern; ja die Herren Beamten erklären ganz einfach, sie haben Weisung von Oben, alle die Führer der Sozialdemokraten gegebenen Falls zu verhaften und das Blatt, so lange es in einem solchen Tone fortfähre, zu confisciren. Schöne Aussichten! Unsere Nr. 49 der „Südd. Volkszeitung“ wurde confisciert und Genosse Lössau verhaftet. Nr. 51 confisciert, Genosse Degenhardt verhaftet. Hausausfuchungen fanden statt, denn man möchte jeden Mitarbeiter unseres Blattes hinter Schloß und Riegel bringen, aber Alles umsonst. Genosse Schröder, Seher aus unserer Druckerei, wurde verhaftet, jedoch nach wenigen Tagen, als man die Verhaftung nicht rechtfertigen konnte, entlassen. Ein Flugblatt für Heilbronn wurde mit Beschlag belegt, der Herausgeber, Genosse Kuttler, verhaftet. Diesem Flugblatt fiel noch ein Zweites, Genosse Oker, zum Opfer. Sein Verbrechen besteht darin, daß er 1 1/2 Stunden vor der Confiscation sich ca. 200 Stück Flugblätter vom Genossen Kuttler holte, wovon er 150 Stück Mittags 12 Uhr an die Arbeiter der Bruckmann'schen Fabrik vertheilte. Eine Konferenz der Genossen Württembergs bezugs Besprechung der Wahlangelegenheit wurde von Seiten der Polizei gestört, sämtliche anwesende Genossen notirt. Als wir den betreffenden Commissair aufmerksam machten, daß uns das württembergische Vereins- und Versammlungsgesetz Besprechungen erlaube, ohne daß sie der Polizei angezeigt werden müssen, erwiderte er: „das ist ja ganz recht, aber geheime Sitzungen sind nicht erlaubt.“ Sie sehen also, daß auch hier die Gesetze von Seiten der Polizei auf die eigentümlichste Art ausgelegt werden. Ich glaube, die Polizei müßte doch so viel von uns gelernt haben, daß wir Sozialdemokraten die Deffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen. Allein die Herren mögen sich darauf verlassen, daß unser Blatt keinen anderen Ton annehmen werde. Was die gegnerische Presse auch hier an Niederträchtigkeit leistet, ist großartig, die „Stuttgarter Zeitung“ schrieb in Nr. 129: „Mit unerhörter Bosheit verfolgen Männer aus der Sozialdemokratie das theure Leben unseres Kaisers. Man findet nicht genug Worte, um den Gefühl der Entrüstung Ausdruck zu geben, welches bei dieser neuesten Kundgebung sozialistischer Brutalität die Brust durchzieht! — Was nun? Die Sozialdemokraten soll man sich à la Vaast mit Knüppeln vom Leibe halten.“ Weiter unten fordert dieses elende Reptil in der frechsten, unverschämtesten Weise die Arbeitgeber auf, alle Sozialdemokraten zu entlassen; ist das keine Aufreizung? Herr Staatsanwalt! Von dem „Neuen Tageblatt“ will ich gar nichts erwähnen, denn dieses Käseblatt richtet sich selbst vor jedem ehrlichen Manne; der „Schwäbische Merkur“, der aus der bekannten Depeschfabrik seine Weisheit schöpft, den lassen wir ruhen, bis er ausgeschlafen hat. Was speziell unsere Bewegung anbelangt, so kann ich Ihnen versichern, daß unsere Genossen mit der größten Energie in den Wahlkampf gehen.

**Nürnberg, 5. Juli.** Magistratische Unparteilichkeit. Das sozialdemokratische Wahlcomité hat an den Magistrat das Ersuchen gestellt, ihm die Wählerlisten gegen Entschädigung abzugeben zu lassen. Dieses Ersuchen ist abgewiesen worden mit der Bemerkung, daß Magistrat nicht gesonnen sei, auf dieses Ansuchen einzugehen, wie er einen solchen Antrag, auch wenn er von anderer Seite gestellt würde, zurückweisen werde. Damit schien die Sache abgethan. Nun kann aber doch die „Fortschrittspartei“ ohne „Lissen“ nicht auf den Fang gehen, sie muß die Lissen haben. Da fehlen heute auf einmal im Einwohnerbureau nicht weniger als zwölf Listen der Lorenzer Stadtseite zu gleicher Zeit, und zwar nicht etwa die Duplikate, sondern die Originallisten! Als unsern Leuten, die dadurch am Nachsehen und Reklamen kolossal behindert sind, die Geschichte auffällig wird, entdecken sie zu ihrem nicht geringen Erstaunen, daß die Herren vom „Fortschritt“ eine große Anzahl von Commis etc. droben sitzen haben, welche die Listen abschreiben! Abschreiben, jetzt während der Reklamationszeit! Ist das vielleicht etwas Anderes, als wenn das Abschreiben gleich direkt vom Magistrat besorgt worden wäre? Und hätte man nicht uns auch gleich sagen können: Das Selbstabschreiben der Listen ist Euch gestattet! Wie gefällt Euch solche „unparteiische“ Handlungsweise, Ihr Nürnberger Wähler?

**Neusatz (Ungarn), 19. Juni.** Georg Mijatovits, Dr. med., ehemals Student der Jürischer Universität, ein treuer und eifriger Anhänger des Sozialismus, starb hier. Sein nicht unbedeutendes Vermögen bestimmte er für die Drucklegung und Verbreitung sozialistischer und naturwissenschaftlicher Schriften.

**Aus der Schweiz, 1. Juli.** (Von einem Nichtsozialisten.) Die Kunde namentlich von dem Kobling'schen Attentat auf den deutschen Kaiser hat auch in der Schweiz eine große Aufregung hervorgerufen und selbstverständlich auch bei den starresten, allen Monarchenthum feindlichen Republikanern, welche es nicht begreifen konnten, wie man auf einen so „alten Herrn“ schießen könne. Nun, ein politisches Motiv hat wohl auch in Deutschland kein verständiger Mensch entdecken können und diejenigen, welche um jeden Preis das Attentat als Frucht der sozialistischen Lehren zu fruchtifizieren unternahmen, haben sich jämmerlich blamiert den unparteiischen Ausländern gegenüber, bei welchen heute die Entrüstung und das Verdammen des neuesten Attentats auf die einfachsten Volksrechte längst jede sympathische Regung für das vom Schicksal so schwer betroffene Hohenzollernhaus wieder verwischt hat. Leider, oder vielmehr selbstverständlich, bezieht sich auch ein Theil der schweizerischen Presse, derjenige, welcher aus Rücksichten der Bequemlichkeit oder vielleicht richtiger eigener Urtheilslosigkeit von seinen Redakteuren aus den Spalten der deutschen Reptilien zusammengeleimt wird — natürlich stets ohne Quellenangabe — die That des Hödel sowohl, als diejenige Kobling's der Sozialdemokratie in die Schube zu

schieben und dadurch auch in Schweizer-Gemüthern eine künstliche Erregung gegen diese Partei zu erzeugen. Es ist dies um so bedauerlicher, als in der Schweiz sehr viele Deutsche leben und man von jeher sich gewöhnt hatte, dieselben als die Träger der sozialistischen Ideen zu betrachten, denen sowohl der jüdisch-conservative Handwerkerstand, wie das „liberale“ Fabrikantenthum von Herzen gram sind, während andererseits anerkannt werden muß, daß die schweizerische Demokratie und selbst das gebildete Patrizierthum den Forderungen der Arbeit, sympathisch gefimmt blieben. Namentlich die demokratischen Elemente der Schweiz — und sie fallen schwer ins Gewicht — verleugneten keinen Augenblick ihre Devise: Gleiches Recht für Alle! und die Schärfe, mit welcher sie die neuesten politischen Wandlungen in Deutschland kritisiren, bürgt dafür, daß der Radikalismus, wo immer er sich zeigt, an ihnen eine feste und zuverlässige Stütze haben wird. Doch ist die Sozialdemokratie selbst nur in oben angedeuteten Kreisen mit die Ursache gewisser antipatrischer Aeußerungen eines Theils der schweizerischen Bevölkerung — gerade die hyperloyalen Deutschen haben nach den Erfolgen des Krieges mit Frankreich durch ihren unmäßigen Siegesdusel die besten Elemente des republikanischen Bürgerthums empört und der Tonhakenstand in Zürich ist ihnen noch immer nicht vergessen. Ferner kommt der Rühmth der Schweizer über die durch deutsche Gräber „ergründete“ Gotthardbahn hinzu und ganz besonders sind es die preußisch-deutschen Reptilien mit ihren unsinnigen Betrachtungen über die nothwendige Annetirung resp. „Angliederung“ der Schweiz gewesen, welche ein starkes Mißtrauen gegen Deutschland überhaupt nachgerufen haben. Ja, man hat es offen ausgesprochen, daß man versucht sein könne, zu glauben, der deutschen Regierung liege absichtlich nicht daran, besonders freundschaftliche Nachbarschaft mit der Schweiz zu halten. Jetzt jedoch, wo nach hiesigen Begriffen Unrecht über Unrecht in Deutschland geschieht, treten diese Gefühle alle mehr und mehr in den Hintergrund, was sich wohl am besten dadurch dokumentirt, daß der Handel mit Zeichnungsscheinen zum Wahlagitationsfond der deutschen Sozialdemokraten selbst in eingebornen Kreisen ziemlich Schwung hat betreiben wird.

**Briefkasten**  
Der Redaktion. F. G. in Hannover: Keinen Brief erhalten. — G. Fr. in U.—dorf: Es werden ganz ihrer Nr. 32 gemäß überall Candidaten der Sozialdemokraten, auch da, wo gar keine Aussicht auf Erfolg ist, aufgestellt. — R. W. in R. N.: Ihr „Scherlein“ können Sie senden an August Geib, Hamburg, Rödingmarkt 12. — G. L. in Berlin: Nach den Wahlen.  
Bei Genosse Krupke frage ich an, ob er den am 25. Juni von hier abgeschickten eingeschriebenen Brief erhalten hat.  
Das Arbeiterwahlcomité.  
Louis Flügge, Schriftführer.

**Quittung.**  
Stamm Regensburg Ab. 1,50. Rbl. Graz Ab. 5,00. Sälzer Witterbad Ab. 4,75. Für Bochum An. 1,80. Endes Augsburg Ab. 10,00. Baldob Triest Adon. 5,21. Rvrecht Schweidnitz Adon. 5,00. Erst Elberberg Abonnement 3,25. Schr. Gohlis Abonnement 4,80. D. Danzig Ab. 4,25. Bsch. Ausg. Ab. 5,30. Böhls Dresden Ab. 2,70. Fr. Rensdorf Schr. 1,50. Bder Waagdeburg Schr. 2,00. Bsch. Rada Ab. 2,00. Ingr. Baden-Baden Schr. 2,90. Bsch. Bielau Schr. 3,00. Dlas. Dinslein Schr. 1,70. Bganna Barmen Schr. 3,00. St. Schw. Hall Schr. 2,40. Sch. Binningen Ab. 1,40. Sch. Regenswade Schr. 0,80. Thrb. hier Schr. 1,50. Huch Schwalmberg Schr. 1,50. Frst. Sonthem Schr. 0,98. Bganz. Juba Schr. 2,60. Sch. Düsselb. Ab. 4,50. Bdr. Puppberg Ab. 3,80. Bstr. Steine Ab. 1,65. Krscht. Essen Schr. 1,00. Bndes. Lesum Ab. 1,90. Schmitz Hedderheim Ab. 1,50. Kitz. Gießen Schr. 1,90. Adbrn. Callenberg Schr. 6,00. Bsch. R. W. Ab. 10,33. Britm. hier Ab. 6,70. Kpfe hier Ab. 6,40. R. Jitta Ab. 16,40. Sbl. Dortmund Ab. 2,80. Sch. Strohburg Ab. 17,60. Fr. Wien Ab. 22,75. Arb.-Bildungsverein Hüttenberg Ab. 2,62. Kadrich Regen Ab. 1,75. Erb. Stötterich Ab. 15,05. Sch. Bremerhaven Ab. 14,00. Arb.-Bild.-Berein Wels Ab. 6,56. Dobb. Hanau Ab. 7,00. Bahr. Brüssel Ab. 4,04. Witt. Altona Ab. 21,00. Gant. B. Leipz. Ab. 1,73. Sebrn. Bode Ab. 4,00. Kitz. Düsselb. Ab. 5,00. Kste. Werrane Schr. 3,00. Bndt. Prenglau Schr. 2,00. Sid. Mainz Schr. 7,50. Jug. Bodenheim Schr. 5,00. Bnn. Danabrad Schr. 0,60.

**Wahlfonds.**  
Bon G. hier 10,00. J. Bodenheim 1,00. W. Ingelheim 0,40. H. Apolha 0,50. Ungenannt 13,95. Ado. D. Freitag hier 300,00.

**Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.**  
Die Wahl des Aufsichtsraths, welche gemäß Beschluß der diesjährigen Generalversammlung, zu Hamburg (am 4. Juli) stattfand, hatte folgendes Ergebnis:  
Vorsitzender: G. W. Hartmann, Hamburg;  
Stellvertreter desselben: G. Braß, Altona;  
Schriftführer: C. Derossi, Hamburg;  
Beisitzer: A. Praast und A. Geib, beide in Hamburg.  
Briefe für den Aufsichtsrath sind an C. Derossi, Hamburg, Holzdam 42, zu richten.

Donnerstag, den 11. Juli, Abends 1/9 Uhr, bei Leipzig, Michael, Windmühlenstraße 7:  
**Wählerversammlung.**  
Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. (0,80)  
Die Einberufer.

**„Rundschan“**  
Nr. 7  
ist erschienen und an diejenigen Orte zur Versendung gelangt, deren Filial-Expedienten über die vorhergehende Nummer abgerechnet haben.  
Alle Sendungen (Geld und Briefe) für die „Rundschan“ sind an den  
Verlag der „Rundschan“, Hamburg, Amelungstraße 5 zu richten.  
Die Parteiblätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

**Roh-Tabak:**  
Domingo 35. 40. 45. 50. 65. 70. 80. 90. 120 Pf.  
Brasil 50. 55. 65. 70. 80. 100. 120. 140 Pf.  
Seedleaf 40. 50. 60. 70 bis 180 Pf.  
Java 90. 100. 120. 140. 160. 250. 270 Pf.  
Carmen 80. 90. 120 Pf.  
Palmyra 135. 145. 165. 170 Pf.  
Lose Domingoblätter 25 und 30 Pf. (6) [1,06]  
Ferd. Gätjens, Altona, Rathausmarkt 36.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.  
Redaktion und Expedition: Färberstr. 12. II. in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.